

Die Welt-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe
Halle - Saale
Freitag, 12. Dezember 1924

Bezugspreis: monatlich 24 G. halbjährlich 120 G. ...
Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 10 mm ...
Verleger: Otto Thiele, Halle - Saale

Der Kampf um die Regierungsbildung

Rabinettsrücktritt Anfang nächster Woche

Marg bei Ebert
Berlin, 11. Dezember.
Die im gestrigen Rabinettsbeschluss über die Gesamtmission vorgezeichnete Kampfbahn zwischen dem Reichstag und dem Reichspräsidenten hat heute vormittag stattgefunden. Marg ergriff um 11 Uhr beim Reichspräsidenten, um ihn über die Vorgänge in der gestrigen Rabinettsbesprechung zu unterrichten. Die Ausprache ergab, daß in dieser Woche kein technischer Schritt in Richtung auf Verhandlungen über eine Neubildung der Regierung eintreten würde, da nur wenige führende Abgeordnete in Berlin amwesend sind. Man erwartet aber, daß zu Beginn der nächsten Woche ein Teil der Fraktionen bereits in Berlin beisammen sein wird und daß der Reichspräsident dann die Vortrefflichkeit ihrer können. Die offizielle Weiterreichung der Gesamtmission könnte dann am Montag oder Dienstag erfolgen. Der genaue Termin soll noch heute in einer Rabinettsbesprechung festgesetzt werden, die am nachmittag stattfinden wird.

Rücktritt des Rabinetts Anfang nächster Woche

Berlin, 11. Dezember.
(Eigener Drahtbericht.)
Amlich wird gemeldet: Das Reichspräsident hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Reichspräsidenten zu Beginn der nächsten Woche das Rabinettsgesuch zu unterbreiten.

Die Gründe des Rücktrittsbeschlusses.

Berlin, 11. Dezember.
(Eigener Drahtbericht.)
Die Rabinettsbesprechung dauerte etwa zwei Stunden. Da das Rabinetts durch den Rücktrittsbeschluss vom Dienstag den Charakter eines Geschäftsministeriums erhalten hat, herrscht Einmütigkeit darüber, daß eine autonome Regierung so schnell wie möglich gebildet werden muß. Da die Fraktionen der neuen Regierung erst in der nächsten Woche zusammenkommen, ist der Wochenanfang für die Demission des Rabinetts der früheste Termin. In politischen Kreisen verläutet, daß Dr. Marg als Kandidat für ein Rabinetts der Weisheit nicht in Betracht kommen werde.

Geheime Drehung

Berlin, 11. Dezember.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Aus der Rabinettsbesprechung sind allmählich Einzelheiten durch, die den Kampf um die Regierungsbildung in eine neue Wendung rufen. Wie bereits früher erwähnt, sind von vorkriegsständiger Seite gewichtige Gründe dafür ins Feld geführt worden, daß das Rabinetts keine Demission auf einen späteren Zeitpunkt verzoget. Diese Gründe sind: Die demokratischen Mitglieder des Rabinetts sind ganz entschieden der Meinung entgegen, der sofort dem Reichspräsidenten den Rücktritt übermitteln sollte. Nur, wenn die Deutsche Volkspartei mit der Bildung der großen Koalition einverstanden sein würde, so wäre er bereit, meiste die Reichspräsidenten zu führen. Man muß nach Lage der Dinge jetzt tatsächlich damit rechnen, daß vielleicht schon am Montag die Demission erfolgt und der Reichspräsident eingeweiht ist, eine andere Persönlichkeit mit der Neubildung der Regierung zu beauftragen. Es wird nicht erwartet, daß er sich an die Sozialdemokratie wendet, da diese von vornherein ihr Unvermögen eingestanden muß, eine tragfähige Regierung zu bilden. Die Sozialdemokraten überließ Herr Gumbel, ein Persönlichkeit seines rechten Flügel zur Verfügung zu stellen, die mit sicherer Aussicht auf Erfolg die Negotiationen zu vermitteln vermöchte. Es wird hier der Name des Abgeordneten Gumbel genannt, der bekanntlich in seiner Verhandlungen mit den Sozialdemokraten geführt hat. Die Möglichkeit, daß Graf Zerkow, der bekanntlich Mitglied der Bayerischen Volkspartei ist, berufen wird, halten wir vorerst für eine reine Kombination, während der Name des Finanzministers Dr. Winter auch bei früheren Verhandlungen schon mehrfach genannt ist. Die Sozialdemokraten werden die Möglichkeit abwarten, doch davon zu gehen, die Deutsche Volkspartei mit dem Versuch einer Regierungsbildung nach rechts zu betrauen, wobei wahrscheinlich eher Dr. Schöla als Dr. Trempelmann im Auftrag eingeweiht werden würde. Der vorkriegsständliche Reichspräsident Schöla hätte sich dann sowohl an die Sozialdemokraten als auch das Zentrum zu wenden und zu versuchen, die Schwierigkeiten, die einer Einigung entgegenstehen, aus dem Wege zu räumen. Im Zentrum und besonders im linken Flügel werden heute schon eine Reihe von Forderungen hervorgehoben, die den Sozialdemokraten vorgelegt werden sollen mit der ausdrücklichen Absicht, ihre Ablehnung zu erhalten. Dann müßte der Versuch, den Staatsbürgerdienst herzustellen, als gescheitert betrachtet werden und dann würde die große Koalition als verfallene Lösungsmöglichkeit wieder in den Vordergrund treten. Man rechnet in den Krei-

sen, die diese Dinge einsehen, offenbar damit, daß die alte nationaldemokratische Koalition der Sozialpartei günstig, in dem nächsten Zusammenkommen mit den Sozialdemokraten und dem Coos sich doch für die bisher mit Entscheidung abgelebte große Koalition zu entscheiden, zumal sich einzelne Stimmen innerhalb der Volkspartei bereits jetzt aller Parteizugehörigkeit entgegen behaupten. Die Volkspartei wird sich jedoch nicht, entweder dadurch, daß sich die Reichsfraktion im Zentrum diesmal doch stärker gegen den Antritt der Wahlen erweisen, oder daß die Volkspartei mit einem nationalen Winderbehalten vor den Reichstag tritt und dadurch das Zentrum gewinnt, offen Worte zu bekennen, so trifft man heute schon Beratungen, wenigstens die Einigungspartien in Preußen zu sichern. Für die Beteiligung des Zentrums an einer Reichsregierung soll von der Deutschen Volkspartei die Bereitwilligkeit erklärt werden, in Preußen die große Koalition zu erhalten und dies ist, wenn die Volkspartei nur irgendwie zur Beschaffung solcher Kaufpreises zu bringen ist, unseres Erachtens der gefährlichste Dreh, der sich finden läßt.

Dienstag Zusammentritt der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion

Berlin, 11. Dezember.
Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion ist zur Konstituierung der Sitzung am Dienstag, den 16. Dezember, vormittags 10 Uhr einberufen worden. Zur selben Zeit wird sich bekanntlich auch die demokratische Reichstagsfraktion versammeln. Bezüglich der Einberufung des Reichstages ist noch keine Entscheidung getroffen.

Ententelligen

Berlin, 11. Dezember.
„Daily Mail“ und „Journal“ veröffentlichen neuerdings angebliche Berichte der internationalen Militärkontrollkommission in Deutschland über die französische und englische Regierung. Die verheerendste Anzahl der Veröffentlichungen beider Blätter bezieht sich auf die vermeintlichen Kontrollberichte vollkommen aus der Luft gegriffen sind. „Daily Mail“ will feststellen, daß der Militärkontrollkommission in Deutschland keine Berichte gemacht worden sind. So seien die Mitglieder der Militärkontrollkommission bei der Befichtigung der militärischen Einrichtungen, der Munitionsvorräte und der Anfertigung militärischer Dokumente, auf den beherrschtesten deutschen Weidern gestanden. Das diese Behauptungen erlogen ist, bemerkt am besten die große Zahl der Besuche der Militärkontrollkommission und die Tatsache, daß von den deutschen Militärbefehlshabern sogar Privaträume, ohne jede Verpfichtung zur Befichtigung geöffnet wurden. Die Behauptung, daß es unmöglich ist, die Kontrolle über die Verteilung Deutschlands einem Roter und dem Roten zu übertragen, übertrifft sich aus dem eben Gesagten von selbst. Wenn „Daily Mail“ in dem angeblichen Tätigkeitsbericht der Militärkontrollkommission mittelt, daß Deutschland beinahe nie, kann trifft das nur insofern zu, als dem Deutschen Reich nach dem Vertrag von Versailles gestattet ist, ein Heer von 100 000 Mann unter Waffen zu halten. Die Behauptung, daß der Generalstab wieder hergestellt wurde, ist erlogen, und daß Deutschland einen neuen Offizierskrieg vorbereitet, so lächerlich, daß sie nicht erst widerlegt werden darf. Wenn das englische Blatt weiter mittelt, daß Deutschland eine geheime, ungeschickte Polizei im Umfang von 100 000 Mann nicht geheim gehalten wird, sondern die Ordnung im Lande in aller Öffentlichkeit führt, was auch in London bekannt sein dürfte. Die Behauptung, daß die deutschen Munitionsfabriken nicht akzeptiert sind, sondern immer noch zur Herstellung von Waffen und Munition bereit werden, wird durch die wirkliche Tätigkeit der Kontrollkommission widerlegt. In ähnlichem Fahrwasser bewegen sich auch die Aufschreibungen des Berliner „Journal“, die außerdem eine offensichtliche Spitze gegen den Oberkommandanten der deutschen Reichswehr enthalten. Aus beiden Veröffentlichungen geht auf jeden Fall hervor, daß gewissen Stellen in Paris und London der exzessivste Verlauf der Militärkontrollkommission in Deutschland unangenehm ist, und daß man verachtet, daß anhaltende Forderungen für die Deutschland günstigen Kontrollergebnisse zu laborieren. Vermerkt wird ist auch, daß in der letzten Zeit die Offiziere der internationalen Kontrollkommission bei ihren Inspektionsreisen in Deutschland die Befehle der Kommandanten, als es vorher der Fall war. Wenn es in irgendeiner Hinsicht zu keinen Zusammenstößen kam, dann ist das nur der außerordentlichen Ruhe und Besonnenheit der deutschen Bevölkerung zuzuschreiben.

Die „Daily Mail“-Hege

Berlin, 11. Dezember.
Zu den Meldungen der „Daily Mail“ und des „Journal“ über eine angebliche Mitteilung der Militärkontrollkommission an die französischen und englischen Regierungen erklärt die deutsche Presse in London, an zuständiger Stelle, daß diese Meldungen falsch und tendenziös sind. Es wird in der einen Meldung ein Fall aufgeführt, bei dem vier Jahre zurückliegt. Das Reichsministerium ist insonderheit von der internationalen Militärkontrollkommission geprüft und genehmigt worden, so daß sich eine weitere Verzerrung der Meldungen erzieht.

Putzdrohung des Reichsbanners

Berlin, 11. Dezember.
(Eigener Drahtbericht.)
Die führenden demokratischen Blätter, die sich in der Wahlzeit ganz besonders der Reichsbanner-Schwärzergold annehmen, sind ganz fallen still über ihre Beziehungen zu dieser Vereinigung geworden. Eine Erklärung liegt vielleicht darin, daß man sich jetzt nicht mehr gern der Verhöhnungen erinnert, die man dem Reichsbanner vorher gemacht hat, und die bei Bestrebungen, die große Koalition herzustellen, in einem höchst unangünstigen Licht erscheinen lassen würden. Aber auch noch eine andere Erklärung ist möglich, und diese wird von der widererkennenden Republik gegeben, die mit erstickender Offenbarkeit aufzufassen bezogen hinweist, die sich im Reichsbanner geltend machen. In einem Artikel „Der Rückfall“ schreibt dieses Blatt wörtlich:

„Die Parteien seien gewarnt! Das Reichsbanner hat schleunigt zu handeln. Es muß jetzt — roh und grob sei es gesagt — die Rolle des vorwärts treibenden, hegenden Wächters der Republik übernehmen, des Hundes, der auch einmal in die Waden beißt.“

Dieser ist wohl — es sei denn von kommunikativer Seite — die Drohung mit dem Schwärzergold, und dem Schwärzergold gegen eine nicht genehme Regierung bisher kaum ausgesprochen worden.

Eine weitere amerikanische Goldsendung

New-York, 11. Dezember.
Die dritte, drei Millionen Dollar betragende Goldsendung aus dem amerikanischen Anteil an der Reparationsanleihe ist nach Deutschland abgeschickt worden.

Keine Teilnahme an der Pariser Kunstgewerbe-Ausstellung

Berlin, 11. Dezember.
Die „Köf“ meldet: In seiner gestrigen Sitzung hat das Reichspräsident, wie wir hören, sich auch mit der Einladung der französischen Regierung zur Teilnahme an der Pariser Internationalen Kunstgewerbe-Ausstellung des kommenden Jahres beschäftigt. Nach eingehender Beratung und Abwägung der verschiedenen Ansichten über diese Frage hat das Rabinetts den Beschluß gefaßt, von einer Annahme dieser Einladung abzusehen. Abgesehen für diese Entscheidung waren zwei Gründe: einmal die oberschätzte 500 Millionen, die eine ausserordentliche Vorbereitung für ein so bedeutungsvolles Unternehmen, wie die Beteiligung an einer kunstgewerblichen Weltausstellung darstellt, nach Ansicht der Regierung unmöglich macht, soeben die Ermüdung, daß der erforderliche Aufwand von etwa fünf Millionen Mark, die dabei vorausgesetzt werden müssen, einem Staate, der so geringe Goldüberflüsse zu haben hat wie das Deutsche Reich, nicht antehen würde. Namentlich der Einfluß des Reichsfinanzministers, der diese Schwermüdigkeit und Bedenken geltend machte, fiel ausschlaggebend ins Gewicht.

Verlegung der Münchener Infanterieschule nach Dresden

Berlin, 11. Dezember.
(Eigener Drahtbericht.)
Der Reichstag genehmigte heute die Verlegung der Infanterieschule von München nach Dresden gegen die Stimmen Bayerns und Württembergs.

General Walch Vorsitzender des Kontrollausschusses zur Überwachung Deutschlands?

Paris, 11. Dezember.
Die der „Quotidien“ aus Rom erfährt, wird General Walch, der Vorsitzende der internationalen Kontrollkommission, zum Vorsitzenden des Kontrollausschusses ernannt werden, der nach Aufhebung der internationalen Kontrollkommission die deutsche Abrüstung überwachen soll.

Wiederaufnahme der deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen

Paris, 11. Dezember.
(Eigener Drahtbericht.)
Die Information meldet aus Brüssel, daß die belgisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen, die wegen der Reichstagsmahlen eine Unterbrechung erfahren hatten, am kommenden Montag wieder aufgenommen werden. In unterrichteten politischen Kreisen erklärt man, daß die belgische Regierung sich nunmehr dazu entschlossen habe, Deutschland die Wirtshaftsbegünstigung für sämtliche Zolltarife zu gewähren, mit Ausnahme bedienender, nennenswerten Waren.

